

# Einführung in das Strafrecht



Das Phänomen Kriminalität - Fakten und Mythen

Prof. Dr. Felix Herzog

**Hellfeld** = polizeilich registrierte Straftaten

- jährliche Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes (PKS) oder der Bundesländer

Polizeiliche  
Kriminalstatistik  
Stadtgemeinde  
Bremen,  
einschl. Bremen Nord

2004

PKS-SNR	Delikt	Anzahl Fälle	davon Versuche	aufgeklärte Fälle
—alle	Gesamtkriminalität	85.982	5.781	37.022
0100	Mord	10	3	8
0200	Totschlag	27	20	25
1110	Vergewaltigung	128	38	82
2100	Raub	1.479	247	660
2110	Raub/Geldinstitute	4	2	2
2120	Raub/Zahntellen	108	13	45
2180	Handtaschenraub	177	17	38
2170	Raub auf Straßen/Wegen/Plätzen	652	116	202
2190	Raubüberfälle in Wohnungen	51	8	25
2220	gefährliche + schwere Körperverletzung	1.537	148	1.205
2240	vorsätzlich leichte Körperverletzung	2.889	52	2.810
3***	einfacher Diebstahl	18.059	443	8.318
325*	einfacher Diebstahl -LD-	6.929	188	6.498
4***	schwerer Diebstahl	30.534	3.978	1.034
435*	Wohnungseinbruch-Diebstahl	1.852	481	202
*35*	Diebstahl inf aus Wohnung	2.273	600	420
436*	TWE	583	181	84
*50*	Diebstahl inf aus Kfz	11.800	1.444	307
*650	Diebstahl an Kfz	1.373	28	60
*80*	Taschendiebstahl	1.438	18	68
***1	Diebstahl von Kfz	954	281	113
***2	Diebstahl von Mofa/Moped	534	97	60
***3	Diebstahl von Fahrrädern	9.541	103	383
5100	Betrug	12.984	478	10.585
5150	Leistungswahrscheinung	5.054	1	5.071
6400	Brandstiftung	211	41	78
6740	Sachbeschädigung	5.554	31	1.163
7300	RG - Delikte	3.571	130	3.481
8020	Gewaltkriminalität	3.128	458	1.073
8030	Wirtschaftskriminalitäts-Delikte	1.206	18	1.194
8090	Straßenkriminalität	29.800	2.252	2.184

**Dunkelfeld** = alle nicht entdeckten, nicht angezeigten und polizeilich nicht registrierten Straftaten

- Daten im Hellfeld treffen nur zuverlässige Aussagen über registrierte Kriminalentwicklung, aber nur sehr bedingt über eine „tatsächliche“ Entwicklung im Dunkelfeld

### Häufiges Missverständnis:

hohe Aufklärungsquote bedeutet kein kleines Dunkelfeld

aufgeklärte Delikte können sich überhaupt nur auf die angezeigten beziehen!  
geringe Entdeckungswahrscheinlichkeit kann vorliegen!

Keine Anzeige ➤ Keine Aufklärung

- die wenigsten strafbaren Handlungen kommen überhaupt zur Anzeige, je nach Delikt zwischen 1:3 oder 1:100 (sog. Dunkelfeld)
  - danach folgen weitere Selektionsstufen bis schließlich allenfalls bei ca. 1% aller strafbaren Vorfälle eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe die Folge ist



# Hell-/Dunkelfeld

## Ausfilterung registrierter Kriminalität in Deutschland

polizeil. bekannt  
gewordene Fälle

2002: 6,6 Mio.

Tatverdächtige

2002: 3,4 Mio.

aufgeklärte  
Fälle

2001: 2,1 Mio.

2001: 890.000

Abgeurteilte

2001: 719.000

Verurteilte

2002: 61.000

Belegung  
Strafvollzug

- Sichtbarkeit von Delikten
  - Nachteil: gut sichtbare Delikte (öffentlicher Raum), wie Diebstahls-, Gewalt-, Raubdelikte  
Vorteil: Delikte in eher geschlossenen sozialen Räumen (Kriminalität in Unternehmen oder in der Familie, wie Gewalt in der Familie, Wirtschaftskriminalität)
  - Vorteil: Delikte, die man i.d.R. ohne entsprechende Messapparaturen nicht oder kaum beobachten oder erfahren kann, wie viele Umweltstraftaten



- Person des Täters sowie Situation
  - „Bild vom echten Kriminellen“
  - Milieu ist entscheidend für Kriminalisierungsneigung und -bereitschaft
    - z.B. niedrig in der Wirtschaft (Kriminalität der Anständigen, siehe auch Diebstähle von Hotelgegenständen, aber hoch in Kaufhäusern, siehe Ladendiebstahl)
- Strafanzeigen können Funktion der Ausgrenzung haben

- Anzeigebereitschaft
  - abhängig von der Höhe des Schadens
  - ca. 90% aller Strafanzeigen erfolgen durch Opfer oder Zeugen, nicht durch Polizei!
  - deshalb: Privilegierung sog. opferloser Delikte wie Umweltkriminalität
  - Strafanzeige als Bedingung für Versicherungsleistungen
    - Polizei hat Notarfunktion
    - Missbrauch der Strafverfolgungsorgane

## grds. Bindung an Legalitätsgrundsatz (§ 152 StPO)

- in Deutschland (!), anders in anderen Ländern
- Entgegennahme/Bearbeitung jeder Strafanzeige
- kein Ermessensspielraum im Bereich der Strafverfolgung (dennoch handelt sie keinesfalls danach: Forschungen zeigen erhebliche Bedeutung von Strafwürdigkeits-erwägungen im polizeilichen Alltag)

- Untersuchungen entgegengenommener Strafanzeigen
  - Eigentums- und Vermögensstraftaten: **90%**
  - Delikte gegen Personen (Gewaltdelikte) : **30%**

- Kontrolldelikte, z.B.
  - Umweltstraftaten
  - Drogendelikte
  - Organisierte Kriminalität
  - Straßenverkehrskriminalität
- Kontrollaktivitäten der Polizei sind entscheidend für die Kriminalitätsentwicklung
- Schwerpunktsetzungen der Polizei sind bedeutsam für die Aufhellung des Dunkelfelds



## Strukturelle Benachteiligung von Jugendlichen und sozial Schwächeren in der polizeilichen Arbeit

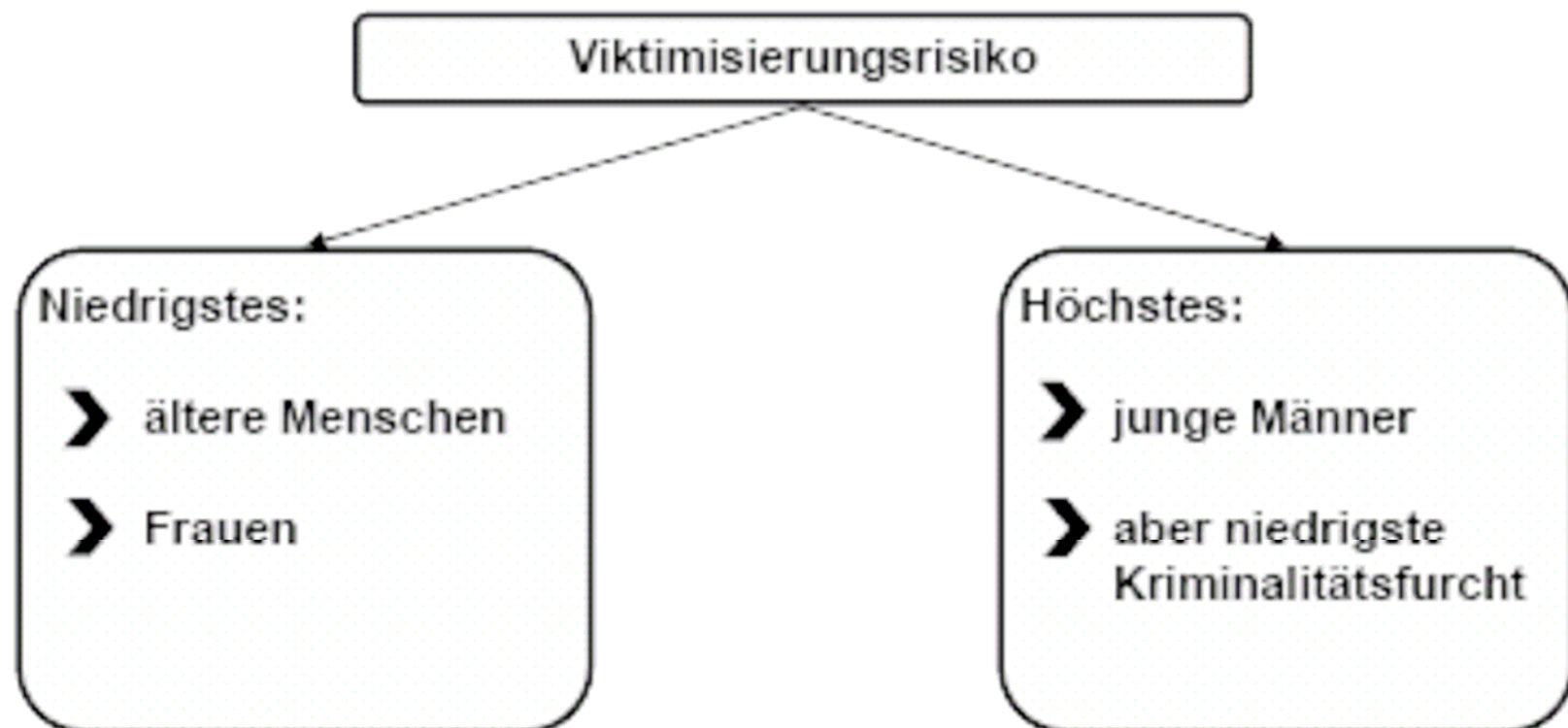
begehen  
leichter sicht-  
und  
aufklärbare  
Delikte

höhere  
Geständnisbe-  
reitschaft, insb.  
bei jungen  
Menschen

Geringere Gegenwehr und  
Beschwerdemacht:

Geringeres Selbstbe-  
wusstsein und geringere  
Verbalisierungsfähigkeit/  
Eloquenz; weniger über  
Rechte informiert; geringere  
finanzielle Ressourcen, siehe  
frühzeitige Einschaltung einer  
Verteidigung bzw.  
anderweitiger Unterstützung.

- Kriminalitätsfurcht ist am wenigsten auf reale Kriminalitätsbedrohung zurückzuführen
- Gruppen höherer Kriminalitätsfurcht
  - Frauen
  - untere Einkommensgruppen und niedriger Bildungsgrad
  - ältere Menschen
  - schlechter Gesundheitszustand



- Vulnerabilität von Menschen entscheidend (Verletzbarkeit bei niedriger coping Fähigkeit)
- Kriminalitätsfurcht unterliegt starken Projektionen von Lebensängsten auf Kriminalität
- Beeinflussung durch dramatisierende Medienberichterstattung
- auch sog. incivilities:  
Verwahrlosungserscheinungen (zerbrochene Fensterscheiben, Müll, Graffitis, Herumlungen, aggressives Betteln, öffentlicher Alkoholkonsum usw.)



- Massenmedien erhöhen (zusammen mit sozialen Ängsten) Kriminalitätsfurcht
- dramatisieren Kriminalitätsbedrohung
- vermitteln der Bevölkerung ein verzerrtes Wissen über Kriminalität, siehe überhöhte Furcht vor Gewaltkriminalität!
- Kriminalität erscheint eher als Delikt der einfachen Leute, siehe Bild vom echten Kriminellen
- wesentlich höhere Bedrohungs- und Schädigungspotentiale infolge Wirtschafts- und Umweltkriminalität werden verdrängt



- Ermittlung ist die umfassende Aufklärung des Sachverhaltes
- Ziel: Überprüfung, ob sich der Anfangsverdacht derart belegen lässt, dass sich ein für die Anklageerhebung vorausgesetzter „hinreichender Tatverdacht“ ergibt
- Modell der StPO: Überprüfung in zwei Richtungen
  - § 160 II StPO: „die Staatsanwaltschaft (StA) hat nicht nur die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln“

# Ermittlungsverfahren

- Modell des Gesetzes (§ 161 StPO)
  - alle wesentlichen Ermittlungsschritte liegen in der Hand der StA, die sich hierfür der Hilfe der Polizei bedient
- Modell  $\neq$  Realität des Ermittlungsverfahrens
  - die StA kann wegen der Vielzahl von Vorgängen die Ermittlungen gar nicht führen, sie ist auch nicht der Ort an dem Informationen über Anfangsverdachtssituationen anlaufen, sondern sie wird mit vorläufigen abgeschlossenen Ermittlungsvorgängen durch die Polizei beliefert

- Polizei hat nur das Recht zur vorläufigen Festnahme
  - spätestens am Ende des der Festnahme folgenden Tages muss die festgenommene Person einem Richter vorgeführt werden, der über die Fortdauer der Freiheitsentziehung entscheiden muss
- wird eine Person in Untersuchungshaft genommen, dann ist gem. § 114 StPO zwingend ein richterlicher Haftbefehl vorausgesetzt

- Abschluss des Ermittlungsverfahrens
  - StA kann sich positiv für die Fortführung des Strafverfahrens entscheiden
    - Erhebung der Anklage, d.h. Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 170 I StPO), oder
    - Strafbefehlsantrag (§ 407 StPO)

- StA kann sich negativ für die Einstellung des Verfahrens entscheiden
  - kein hinreichender Tatverdacht (§ 170 II StPO)
  - Geringfügigkeit der Tat (§ 153 StPO)
  - Einstellung kann von der Erfüllung von Auflagen abhängig gemacht werden (§ 153 a StPO)



# Zwischenverfahren

- Nichteröffnungsbeschluss (§ 204 StPO)
  - das Gericht erwartet aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen einen Freispruch des Angeeschuldigten (der Tatverdacht ist nicht hinreichend begründet oder das Gericht hält die vom Angeeschuldigten begangene Tat aus rechtlichen Gründen nicht für strafbar)
- Einstellen der Strafsache wegen Geringfügigkeit (§§ 153 II, 153 a II StPO)
  - mit Zustimmung des Angeeschuldigten und der StA

- Ausbleiben der Zeugen  
Mögliche Folge:
  - Verhängung von Ordnungsgeldern und
  - zwangsweise Vorführung
  
- Ausbleiben des Angeklagten
  - es findet keine Hauptverhandlung (HV) statt, § 230 StPO
  - bei fehlender Entschuldigung: Vorführung gem. § 230 II StPO oder Haftbefehl

4. Vernehmung des Angeklagten zu seinen persönlichen Verhältnissen (§ 243 II 3 StPO)
5. Verlesung des Anklagesatzes durch die StA (§ 243 III 1 StPO)
  - wörtlich zu verstehen, d.h. die StA trägt nicht die Anklageschrift im ganzen oder die Anklage im freien Vortrag vor, sondern verliest lediglich den Anklagesatz i.S. des § 200 I 1 StPO

### 6. Belehrung des Angeklagten über Aussagefreiheit (§ 243 IV 1 StPO)

- d.h. „es steht ihm frei, sich zu der Anklage zu äußern, oder nichts zur Sache auszusagen“
- ist der Angeklagte zur Äußerung bereit, so wird er nach Maßgabe des § 136 II StPO zur Sache vernommen, § 243 IV 2 StPO

§ 244 II StPO: die Beweisaufnahme dient dazu, „die Wahrheit“ über den Sachverhalt zu „erforschen“, indem Beweis erhoben wird über „alle Tatsachen und Beweismittel, die für die Entscheidung von Bedeutung sind“.

- Ergebnis der Beweisaufnahme  $\neq$  vollständige Konstruktion der objektiven Wahrheit eines Vorganges
- § 261 StPO: HV dient einer subjektiven Wahrheit i.S. einer Überzeugungsbildung des Gerichts von bestimmten Tatsachen



- Untersuchungshaft (§§ 112 ff. StPO)
- Sicherstellung und Beschlagnahme (§§ 94 ff. StPO)
- Durchsuchung (§§ 102 ff. StPO)
- Überwachung des Fernmeldeverkehrs (§ 100 a StPO)

# Übersicht: Strafzwecktheorien

Absolute Theorien	Relative Theorien	Sog. Vereinigungstheorien
<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Vergeltungstheorie</li><li>▪ Sühnetheorie</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Generalprävention<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Positive</li><li>▪ Negative</li></ul></li><li>▪ Spezialprävention<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Positive</li><li>▪ Negative</li></ul></li></ul>	

# System der strafrechtlichen Sanktionen

## Strafen (§§ 38 ff. StGB)

```
graph TD; A[Strafen §§ 38 ff. StGB] --> B[Hauptstrafe: Freiheitsstrafe §§ 38, 39 StGB]; A --> C[Hauptstrafe: Geldstrafe §§ 40-43 StGB]; A --> D[Nebenstrafe: Fahrverbot § 44 StGB];
```

**Hauptstrafe:**  
**Freiheitsstrafe**  
(§§ 38, 39 StGB)  
Grundsatz der  
Einheitlichkeit  
1 Monat – 15 Jahre  
(§ 38 II: „zeitige  
Freiheitsstrafe“) oder  
lebenslänglich (§ 38 I)  
Milderungsmöglichkeit:  
§ 49  
Ausnahmefall § 47 I:  
unter 6 Monate

**Hauptstrafe:**  
**Geldstrafe**  
(§§ 40-43 StGB)  
Tagessatzsystem:  
5-360 Sätze (§ 40 I);  
berechnen sich nach  
dem Einkommen des  
Täters: mind. 1€, max.  
5000 € (§ 40 II)  
Bandbreite: 5-1,8 Mio €  
Abgrenzung: Geldbuße  
Ersatzfreiheitsstrafe:  
§ 43

**Nebenstrafe:**  
**Fahrverbot**  
(§ 44 StGB)  
Verbot des Führens  
eines Kfz. zwischen  
1-3 Monaten

**Maßregeln der Besserung und Sicherung** sind Sanktionen, die – anknüpfend an die Sozialgefährlichkeit des Täters – die Gesellschaft vor dem Täter schützen wollen bzw. zur Erst- oder Resozialisierung des Täters beitragen sollen.



# System der strafrechtlichen Sanktionen

## Maßregeln der Besserung und Sicherung, §§ 61 ff. StGB

1. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus,  
§§ 61 Nr.1, 63 StGB

2. Unterbringung in einer Entziehungsanstalt,  
§§ 61 Nr.2, 64 StGB

3. Unterbringung in der Sicherungsverwahrung,  
§§ 61 Nr.3, 66 StGB

4. Führungsaufsicht,  
§§ 61 Nr.4, 68 – 68 g StGB

5. Entziehung der Fahrerlaubnis,  
§§ 61 Nr.5, 69 – 69 b StGB

6. Berufsverbot.  
§§ 61 Nr.6, 70 – 70 b StGB